

Schweiz

CEOs fordern «wirkungsvolle Klimapolitik»

Appell an den Ständerat 377 Schweizer Firmenchefs, darunter jene von Novartis, Siemens und Ikea, drängen vor der Beratung des CO₂-Gesetzes auf mehr Klimaschutz. Der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse bleibt dennoch kritisch.

Stefan Häne

Wird Covid-19 zum Gamechanger in der Klimapolitik – so wie es vor einem Jahr die Klimaproteste waren, einfach unter umgekehrten Vorzeichen? Schweizer Wirtschaftskapitäne wollen verhindern, dass das Parlament die zuletzt gewachsenen Bemühungen um mehr Klimaschutz abschwächt. «Es geht jetzt vor allem darum, dass das CO₂-Gesetz in der aktuellen Vorlage vom Nationalrat verabschiedet wird und es umgesetzt werden kann», sagt André Wyss. Der CEO des Bauunternehmens Implenia erhofft sich dadurch nicht zuletzt Planungssicherheit und flexible Rahmenbedingungen.

Ähnlich äussert sich Antonin Guez, CEO vom Unternehmen Energie Schweiz, das sich auf Energieoptimierung bei Gebäuden und Industrieanlagen spezialisiert hat. Die Corona-Krise zeige, dass die Gesellschaft bereit für tiefgreifende Massnahmen sei, wenn die Gefahr unmittelbar sei: «Der Klimawandel aber ist keine Gefahr mehr: Er ist schon Realität.» Die Auswirkungen seien zwar noch nicht in allen Facetten sichtbar. «Aber sie werden tieferschürfend sein, weshalb wir heute entscheiden handeln müssen.» Auch Patrik Meli, Geschäftsleiter der MAN Energy Solutions Schweiz AG, hält es für «wenig zielführend», der Corona-Krise wegen die Prioritäten zu verschieben.

Investieren in Covid-Zeiten

Die drei Firmenchefs gehören zu einem wachsenden Kreis von Schweizer CEOs, die sich unter dem Logo «CEO4Climate» für eine «wirkungsvolle Klimapolitik» einsetzen. Vor der Debatte im Ständerat im letzten Herbst haben 72 Chefs vom KMU bis zum Grosskonzern einen entsprechenden Appell an die Ständeräte gerichtet.

Inzwischen sind es 377, darunter die Spitzen von Firmen wie Novartis, Ikea oder Siemens. In einem Brief, den sie am Donnerstag allen Nationalräten geschickt haben, fordern sie «griffige Inlandmassnahmen» in Gebäuden, Verkehr, Industrie, Energie und Landwirtschaft.



Klimaschutz soll auch den Gletscherschwund bremsen: Besucher in der Eisgrotte am Rhonegletscher. Foto: Denis Balibouse (Reuters)

Weiter sollen Mechanismen einen CO₂-Preis sicherstellen, der mit dem Ziel des Pariser Klimaabkommens in Einklang ist. Die Schweiz, heisst es im Brief, sei innovationsstark. «Gerade in herausfordernden Zeiten wie in der aktuellen Covid-19-Pandemie ist es wichtig, in die Zukunft zu investieren.» Der Wirtschaft

böten sich damit neue Chancen im In- und Ausland.

Unklar ist, inwieweit diese Stimmen die Schweizer Wirtschaft repräsentieren. Der Verband Swisscleantech begrüsst das Engagement der Wirtschaftskapitäne. Aus dem Wirtschaftsdachverband Economiesuisse, dem 100'000 Unternehmen mit rund

zwei Millionen Beschäftigten angeschlossen sind, ertönen dagegen kritischere Töne. Es ist möglich, dass Economiesuisse ein Referendum gegen das CO₂-Gesetz, wie es die SVP erwägt, unterstützen wird. Geschäftsleitungsmitglied Kurt Lanz sagt, man beurteile diese Frage nach Abschluss der parlamentarischen Beratung. Der Verband

unterstützt zwar die «ambitioniertere Stossrichtung» der Vorlage, fordert aber gleichzeitig eine wirtschaftsfreundliche Umsetzung.

Was Letzteres heisst, wird in Wirtschaftskreisen unterschiedlich beurteilt – und wird auch im Parlament weiter zu reden geben. Dass zum Beispiel das Modell der CO₂-Zielvereinbarungen neu allen

Unternehmen offenstehen soll, ist ganz im Sinne von Economiesuisse. Hingegen lehnt der Verband zentrale Elemente ab, etwa die geplante Flugticketabgabe. «Sie ist klimapolitisch nicht zielführend und schadet dem Wirtschaftsstandort Schweiz», sagt Lanz.

Eine durchgezogene Bilanz zieht auch Swissmem. Der Verband der Schweizer Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie versichert, am eingeschlagenen Weg zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft festhalten zu wollen. Doch auch er kritisiert die Vorlage, namentlich den Klimafonds sowie die Flugticketabgabe, welche die für die Industrie nötige Langstreckenanbindung des Standorts Schweiz gefährde. Geschäftsleitungsmitglied Ivo Zimmermann spricht von einem «riesigen Subventionstopf». Zur Bewältigung der Corona-Krise werde der Staatshaushalt auf viele Jahre hinaus stark belastet sein. «Sinnvoller wäre eine fiskalquotenunabhängige Lenkungsabgabe.» Doch das Parlament habe die Chance verpasst, das umweltökonomisch effektivste Instrument, die CO₂-Lenkungsabgabe, von Brennstoffen auszudehnen.

Antrag der SVP

Es sind solche Stimmen, auf welche die SVP hoffen muss. Die Ausgangslage habe sich mit der Corona-Krise verändert, sagt Christian Imark. Der SVP-Politiker wird am 9. Juni im Nationalrat beantragen, das CO₂-Gesetz an die vorberatende Kommission zurückzuweisen. Die Vorlage basiere auf Umverteilung und Verboten. Das sei der falsche Weg, sagt Imark. «Mit der Corona-Krise wird das nun noch deutlicher.» Die Belastung von Bevölkerung und Wirtschaft sei so schon gross genug. «Wir dürfen die Krise jetzt nicht noch vergrössern.» Es gelte, die Vorlage von Grund auf zu überarbeiten mit dem Ziel, Klimaschutz mit möglichst wenig staatlichem Interventionismus zu betreiben.

Imarks Antrag wird im Parlament wohl chancenlos bleiben, nicht einmal die FDP scheint mitzuziehen. Parteipräsidentin Petra Gössi sagt: «An der Dringlichkeit des CO₂-Gesetzes hat die Corona-Krise nichts geändert.»

EU zeigt Goodwill beim Datenschutz

Äquivalenz-Entscheid Die Chancen stehen gut, dass die EU-Kommission am 10. Juni von einer politisch motivierten Straffraktion absieht.

Nein, eine Neuauflage des Ärgers mit der Äquivalenzanerkennung für die Börse ist nicht zu erwarten. Die EU-Kommission dürfte am 10. Juni oder eine Woche später den sogenannten Angemessenheitsbeschluss für den Schweizer Datenschutz erneuern. So signalisieren es EU-Kreise in Brüssel. Die neue Äquivalenz ist nötig, weil die EU vor zwei Jahren ihr Datenschutzrecht dem Internetzeitalter angepasst hat. Brüssel würde damit zur Kenntnis nehmen, dass der autonome Nachvollzug der moderneren EU-Regeln in der Schweiz nach Verzögerungen inzwischen auf gutem Weg ist.

Die EU-Kommission habe geprüft, ob in der Schweiz ein vergleichbares Niveau beim Daten-

schutz herrsche, heisst es in Brüssel. Die neue EU-Datenschutzverordnung stärkt die Rechte der Bürger gegenüber Behörden und Unternehmen, ähnlich, wie es jetzt auch bei der Schweizer Revision vorgesehen ist. Das Schutzniveau muss vergleichbar, aber nicht identisch sein. Eine Verknüpfung mit dem institutionellen Rahmenabkommen sei kein Thema gewesen, heisst es in Brüssel. Erwogen wurde bis zuletzt, ob der Angemessenheitsbeschluss mit einem Vorbehalt oder einer besonderen Überprüfungs Klausel versehen werden soll, weil die Schweizer Revision noch nicht fertig beraten ist und möglicherweise ein Referendum für weitere Verzögerung sorgen könnte. Anders als

bei der Börsenäquivalenz ist diesmal aber keine politisch motivierte Straffraktion zu erwarten.

Es steht viel auf dem Spiel

Die EU-Kommission hatte im Juli 2019 die Äquivalenzklärung für die Börse auslaufen lassen, obwohl die technische Überprüfung der Schweizer Regeln auf Expertenebene keine Argumente gegen eine Verlängerung geliefert hatte. Der Bundesrat hatte sich damals vergeblich gegen die aus Schweizer Sicht willkürliche und politische Verknüpfung mit dem Rahmenabkommen gewehrt. Es ist allerdings im Ermessen der EU-Kommission, Drittstaaten Äquivalenzentscheidungen zu gewähren oder auch wieder zu entziehen. Bei dem Ange-

messenheitsbeschluss für die Schweizer Datenschutzregeln steht wirtschaftlich mehr auf dem Spiel als bei der Börse. Ohne Äquivalenz können Firmen keine Personen- beziehungsweise Kundendaten aus dem EU-Raum in die Schweiz transferieren oder dort verarbeiten. Die EU würde dabei aber auch Firmen aus den Mitgliedsstaaten schaden, die in der Schweiz Niederlassungen oder Konzernsitze haben.

Ebenfalls eine Rolle spielt bei dem positiven Entscheid zum Datenschutz das ganz andere Umfeld. Seit Beginn der Corona-Krise sitzt die Schweiz bei fast allen Entscheiden mit am Tisch, wenn es in der EU um die Bekämpfung der Pandemie geht. Die gute Zusammenarbeit habe

auch auf das bilaterale Klima beigetragen, heisst es unisono.

An der Revision des Datenschutzgesetzes wird in der Schweiz seit bald neun Jahren gearbeitet. Das Parlament hat es auch jetzt nicht eilig. Am nächsten Dienstag berät der Ständerat zum zweiten Mal über die Revision des Datenschutzes. Obwohl zwischen den Kammern nur noch wenige Differenzen bestehen, geht das Gesetz danach erst in der Herbstsession wieder in den Nationalrat. Bereinigt dürfte die Vorlage damit frühestens Ende September sein. In Kraft treten könnte das Gesetz im nächsten Jahr.

Da die SVP die Revision grundsätzlich ablehnt, ist ein Referendum wahrscheinlich. Die

übrigen Parteien sind grundsätzlich dafür. Geklärt werden muss zwischen ihnen namentlich noch der Umgang mit dem Profiling. Konkret geht es darum, welche Möglichkeiten Nutzerinnen und Nutzer von Online-Dienstleistungen haben sollen, um sich gegen das Erstellen von Persönlichkeitsprofilen zu wehren.

Der Nationalrat sprach sich bislang für eine Regelung aus, die die Nutzer schlechter schützt als das geltende Gesetz aus den 1990er-Jahren. Sollte er sich damit durchsetzen, drohen die linken Parteien damit, das Gesetz in der Schlussabstimmung fallen zu lassen.

Stephan Israel, Brüssel, und Luca De Carli